

Klimawandel ist nicht aufhaltbar: Braucht es eine Novelle des Forstschäden- Ausgleichsgesetzes?



© DFWR 2020

Prof. Dr. Bernhard Möhring
Abt. Forstökonomie, Georg-August-Universität
Göttingen bmoehri@gwdg.de

Plattform Forst&Holz, Parlamentar. Frühstück Berlin 5. März 2020

Das Forstschäden-Ausgleichsgesetz

Entwicklung

- Hintergrund: Sturmflutkatastrophe 1962 und Orkan Frühjahr 1967
- Frühjahr 1969 (Regierung Kiesinger/Brandt); Sprechzettel Minister Höcherl (s. Pfullmann 2016): „Notwendigkeit für eine gesetzliche Regelung ergibt sich daraus, dass
a) sich Naturkatastrophen im Wald in unregelmäßigen Zeitabständen wiederholen...
b) die schlechte Ertragslage der Forstwirtschaft den Waldbesitzern aller Größenordnungen keinen Spielraum mehr läßt, derartige Schäden, insbes. den dadurch verursachten Preisverfall aufzufangen ...“

Ziel des Gesetzes (Beschluss Bundestag und Bundesrat, Ausfertigung 29.08.1969)

1. Ein nichtkonjunkturbedingtes Absinken der Rohholzpreise bei Schadensfällen zu verhindern, ohne die Versorgung der Holzwirtschaft zu gefährden (*Beschränkung ordentl. Holzeinschlag und Holzeinfuhr, Transportbeihilfen – gestrichen - , steuerl. Begünstigung von Übervorräten in der Holzwirtschaft*) und
2. Die wirtschaftlichen Folgen für die Forstbetriebe „tragbarer“ zu machen (*Bildung steuerfreie Rücklage/betriebl. Ausgleichsfonds, Pauschsatz Betriebsausgaben, Verzicht Aktivierung Kalamitätsholz, pauschale Absenkung Ek-Steuersatz für Kalamitätsholz*)

Das Forstschäden-Ausgleichsgesetz

Weiterentwicklung

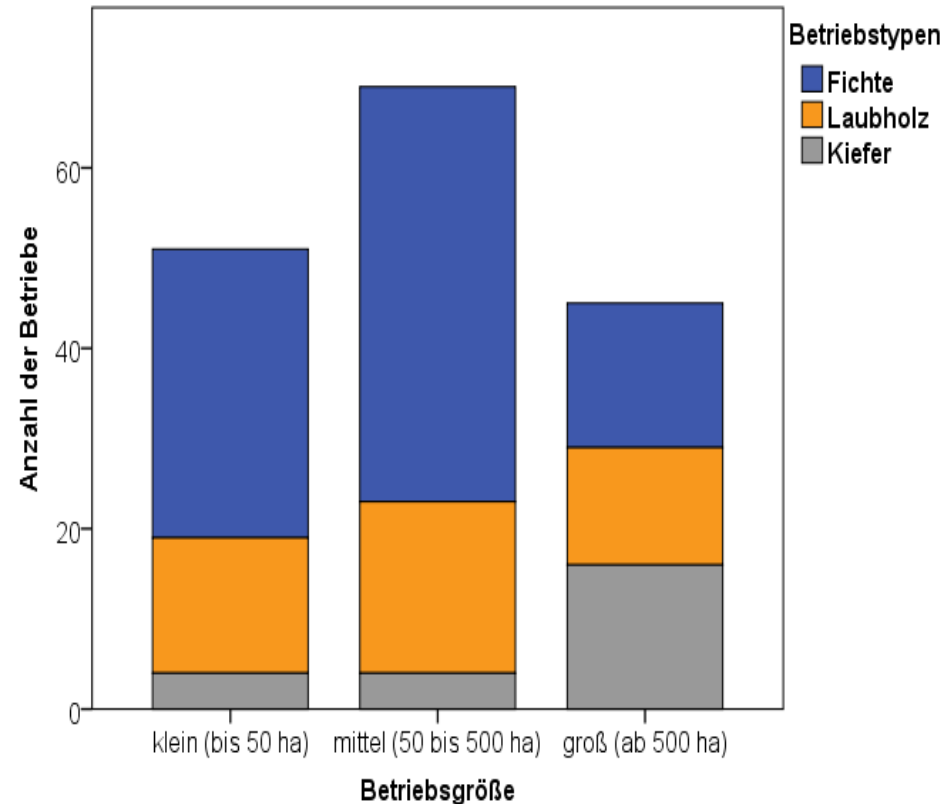
- **DHWR 1974** erste Initiative zur **Änderung des Gesetzes** auf der Basis der Erfahrungen 1972/73 – keine Änderung aufgrund geringem politischen Interesse
- **Einführung Bundeswaldgesetz 1975** (Wald erhalten, Forstwirtschaft fördern, Ausgleich zwischen Belangen Allgemeinheit und Waldbesitzern herbeiführen)
- **Schneebruchschäden Süddeutschland 1981/82**; VO zur Einschlagsbeschränkung erst für FWJ 1983
- **Immissionsbedingte Waldschäden**, Sept. 1983 Kabinettsbeschluss **Aktionsprogramm „Rettet den Wald“**
- **Novelle Forstschäden-Ausgleichsgesetz 26.08.1985** (Immissionsschäden, Mind. Mengen)
- **Sturmschäden Frühjahr 1990 (Wiebke und Vivian, 73 Mio. fm)**: VO Einschränkung ordentl. Holzeinschlag 11. April 1990; Gesetzesänderung 7. Nov. 1991/Verlängerung der Einschlagsbeschränkung
- **Sturmschäden Dez. 1999 (Lothar; europaweit 200 Mio. fm)**, VO Einschränkung ordentl. Holzeinschlag v. 8. Februar 2000, Verlängerung 16. November 2000
- **Sturm Kyrill (2007), Sturm Friederike (2018), aktuelle Borkenkäferschäden (2018/19)** keine „Aktivierung“ -> in Zeiten größter Waldschäden keine Wirkung!

Ergebnisse einer Befragung von privaten Forstbetrieben

Masterarbeit G. v. Arnim: Finanzierung von Forstbetrieben im Kalamitätsfall

Explorative Fallstudie

- Online-Umfrage Dez19/Jan20
- 20 Fragen, 381 Personen erreicht
- 156 komplette Fragebögen
- Vor allem Eigentümer antworten
- **211.485 ha** Holzboden (n=221)
- **37.450 ha** landwirtschaftliche Fläche
- Durchschnittliche Betriebsgröße:
 - **957 ± 195 ha** Wald,
 - 30,5 % kleine, 42 % mittlere und 27,5 % große Betriebe



Anzahl der Betriebe nach Betriebsgröße und Betriebstyp

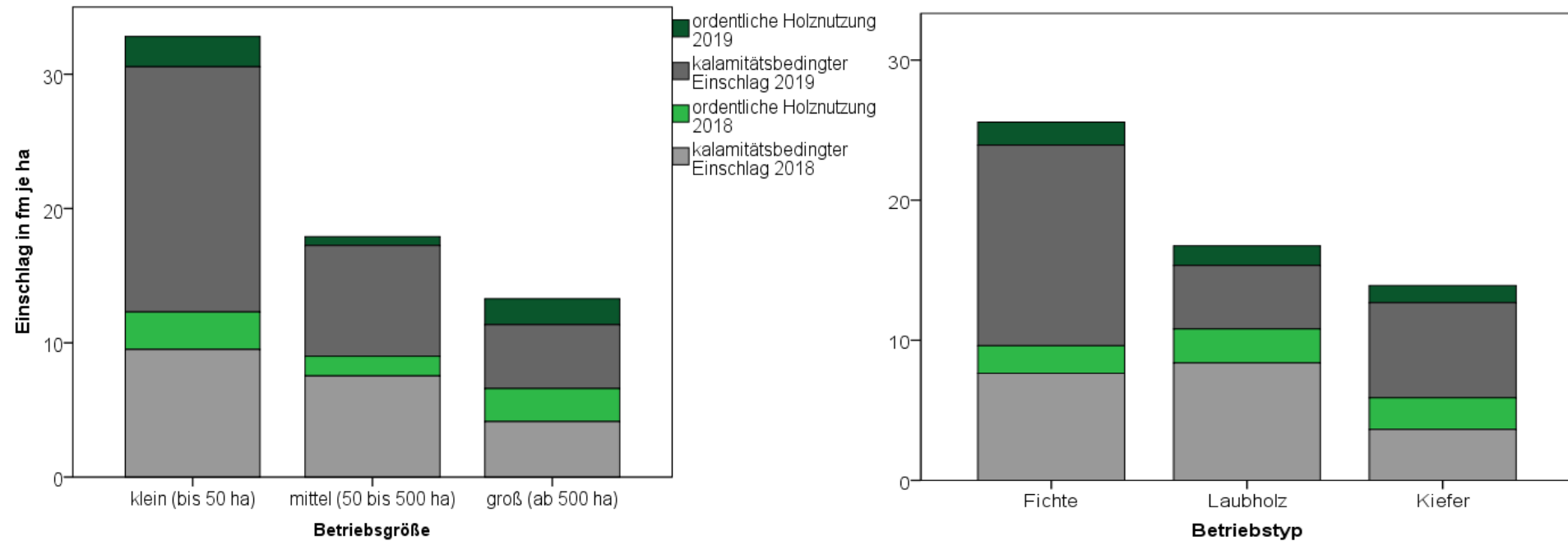
Ergebnisse – Einschlag und Kalamität

- im WJ 2018(n= 167):

- Einschlag **9,3** ($\pm 1,3$) fm/ha
- Kalamitätsbedingter Einschlag **7,2** ($\pm 1,3$) fm/ha
- Ordentlicher Einschlag **2,1** ($\pm 0,3$) fm/ha

- Im WJ 2019:

- Einschlag **11,8** ($\pm 1,6$) fm/ha
- Kalamitätsbedingter Einschlag **10,3** ($\pm 1,5$) fm/ha
- Ordentlicher Einschlag **1,5** ($\pm 0,5$) fm/ha



Mittlerer Einschlag nach Betriebsgröße und Betriebstyp

Bedeutung forstpolitischer Instrumente zur Unterstützung von privaten Forstbetrieben im Kalamitätsfall?

(n=127) unwichtig wichtig

CO2-Honorierung

Senkungen der öffentlichen Abgaben (Grundsteuer, ...)

Aufarbeitungsprämie

Verzicht auf Frischholzeinschlag in staatlichen Forstbetrieben

Bereitstellung von Infrastruktur (Nasslager, ...)

Staatlich geförderte Waldschadens-Versicherung

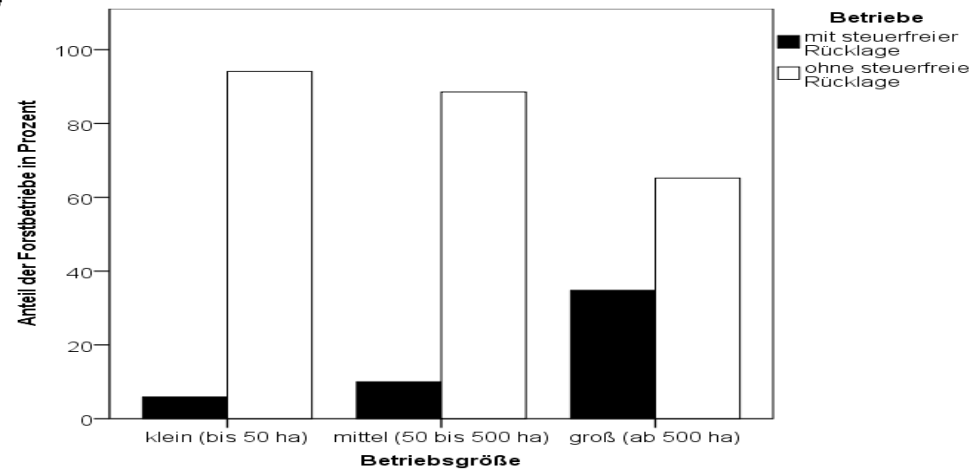
Staatliche Betreuung

Crowdfunding für Wiederaufforstungen

Darlehensförderung

— klein — mittel — groß

Bewertung der forstpolitischen Instrumente nach Betriebsgröße



Steuerfreie Rücklage:

- 86 % der Betriebe ohne Rücklage (n = 175)
- Rücklagenbildung (n = 25) 1992, 2007 und 2018
- derzeitige Höhe der Rücklage ca. **80 € je Hektar**

Anregungen

- Mehr Flexibilität bei Bildung, Höhe und Auflösung, und der Rücklage, bei außergewöhnlicher Kalamität steuerunschädliche Auflösung
- Weitere Anlageformen ermöglichen
- Möglichkeit für nicht buchhaltungspflichtige Betriebe schaffen

Novelle Forstschäden-Ausgleichsgesetz

Vorschlag DFWR: Forstschäden-Ausgleichsgesetz soll angepasst/weiterentwickelt werden (Funktionen des Waldes im Klimawandel sichern).

- Waldschadensmonitoring ausbauen
- „Sachverständigenrat“ soll Eintritt des Kalamitätsfalles feststellen (Schwellenwerte)

1. Risiko-Vorsorge (grün: gilt immer)

- Steuerfreie Rücklage verbreitern, verbessern und vereinfachen (sowohl Bildung, Höhe, Auflösung der Rücklage); Rücklagenbildung auch in öffentl. Forstbetrieben ausbauen
- Förderung von Waldschadens-Versicherungen (Sturm- und Waldbrand)
- Aufstellung regionale Krisenpläne und Schaffung der Infrastruktur (Waldbrandschutz, Lagerplätze, Bahnverladeplätze, Verzicht auf Ausschreibung, THW-Einsatz...)
- Sonstige Maßnahmen
 - Beiträge Wasser- und Bodenverbänden, BG, Grundsteuer reduzieren
 - Forstliche Förderung vereinfachen
 - Pflanzenschutzmitteleinsatz für den Notfall sicherstellen
 - eigentumsartenübergreifendes Waldschadens-Monitoring / Management als hoheitliche Aufgabe etablieren / angemessenen ausstatten

Novelle Forstschäden-Ausgleichsgesetz

2. Regionaler Kalamitätsfall (orange: Auswirkung auf einzelne Bundesländer)

- Zunächst freiwillige Reduktion ordentl. Holzeinschlag (bspw. „Marktenlastungsprämie“)
- Übernahme der Kosten / Forstbehördliche Ermächtigung zur Durchführung der Schadensbekämpfung (insbes. Kleinprivatwald)
- Holzaufarbeitung und Logistik erleichtern (einheitliche Tonnageerhöhung, Aufhebung Kabotageverbot und Sonn- und Feiertagfahrverbots, auch für Holzerntemaschinen)
- Übernahme der Verkehrssicherung im Rahmen der allgemeinen Gefahrenabwehr durch die öffentliche Hand
- Inkraftsetzung der Krisenpläne

3. Nationaler Kalamitätsfall (rot: bundesweite Auswirkung)

- Erlass Rechtsverordnung BMEL zur Beschränkung des ordentlichen Holzeinschlags, um Marktstörungen abzumildern; Beschränkung Holzeinfuhr (EU-Konformität prüfen)
- Steuerliche Begünstigung (Betriebsausgabenpauschale, Steuersatz Kalamitätsholz)
- Ergänzend dazu sind die Regelungen der Maßnahmen unter Punkt 1 und 2 in Kraft

Schluß - Folgerungen

- Kalamitäten / Klimawandel stellen Forstwirtschaft und Forstpolitik vor große Herausforderungen
- Walderhaltung (Anpassung an Klimawandel) dient der Allgemeinheit und kann von Waldbesitzern aus Holzerlösen nicht gesichert werden
- Forstschäden-Ausgleichsgesetz ist zu novellieren / zu Gesetz zum Schutz des Waldes im Klimawandel weiter zu entwickeln
 - **1. Stufe: Waldschadensmonitoring und Maßnahmen der Risikoprävention** (Rücklagen, Versicherungen, Krisenpläne ...)
 - **2. Stufe: regionaler Kalamitätsfall** (freiwillige Maßnahmen, Waldschutz, Logistik, Umsetzung Krisenpläne)
 - **3. Stufe: nationaler Kalamitätsfall** (VO BMEL Einschlagsbeschränkung, Steuervergünstigung)
- Sollte möglichst bald in Angriff genommen werden – Krisenmodus wird Forstwirtschaft auch in Zukunft begleiten!

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Aufgenommen nach dem Sturm Gudrun, Schweden, 8.-9. Januar 2005)



Quellen

- BMEL (2019a): Testbetriebsnetz Forst (Buchführungsergebnisse), Statistik und Berichte des BMEL, <https://www.bmel-statistik.de/landwirtschaft/testbetriebsnetz/testbetriebsnetz-forst-buchfuehrungsergebnisse/>
- Pfullmann, A. (2016): Das Forstschäden-Ausgleichsgesetz: Entstehung, Anwendung und Novellierung, Bachelorarbeit Technische Universität Dresden
- WBA und WBW (2016): Wissenschaftlicher Beirat Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlicher Verbraucherschutz und Wissenschaftlicher Beirat Waldpolitik beim BMEL (2016): Klimaschutz in der Land- und Forstwirtschaft sowie den nachgelagerten Bereichen Ernährung und Holzverwendung. Gutachten. Berlin
- WBW 2019: Stellungnahme des WBW zum Thema „Risikovorsorge und der Umgang mit Extremereignissen in der Forstwirtschaft“; https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Ministerium/Beiraete/Waldpolitik/StellungnahmeWBW-Risikovorsorge.pdf?__blob=publicationFile